



Rede von Kornelia Wehlan auf der 3. Tagung des 1. Kreisparteitages DIE LINKE. Teltow-Fläming, 24. Oktober 2009 in Luckenwalde

Liebe Genossinnen und Genossen,

der bisherige Verlauf der Koalitionsgespräche zwischen SPD und LINKEN in Brandenburg nährt die Hoffnung auf einen Politikwechsel im Land. Der Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, Mindestlöhne im Vergabegesetz, keine Gebühren für das Erststudium, Verbesserungen beim Kita-Personalschlüssel, der Erhalt von Amtsgerichten und Akzente auf dem Weg zu einer armutsfesten Grundsicherung sind erste Felder, wo bislang in den Verhandlungen gemeinsame Standpunkte erreicht wurden.

Bis zum 27. Oktober wird weiter verhandelt. Dann soll der Text des Koalitionsvertrags veröffentlicht werden. Auf insgesamt vier Regionalkonferenzen wird er dann mit der Basis diskutiert. Für unseren Regionalverband für die Kreise Potsdam, Havelland, Potsdam-Mittelmark, Brandenburg/Havel und Teltow-Fläming, ist der Termin Freitag, 30. Oktober, ab 19.00 Uhr im Tagungshaus "BlauArt", in Potsdam, Hermannswerder 23. Ich möchte euch bitten diese Möglichkeit zu nutzen. Wir brauchen den Vorlauf für den Parteitag am 4. November in Straußberg, der über den Koalitionsvertrag beschließen wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Rot-Rot in Brandenburg – das hat nicht nur bundesweit die Gegner eines Politikwechsels und die Anhänger des gescheiterten Neoliberalismus auf den Plan gerufen, sondern auch alte Feindbilder und die kalten Krieger mobilisiert. Umso wichtiger sind die Schritte, die LINKE und SPD in Brandenburg jetzt aufeinander zu und in Richtung einer gemeinsamen Politik für mehr soziale Gerechtigkeit gehen.

Mit Rot-Rot auf Landesebene haben auch wir hier in Teltow-Fläming eine noch viel größere Verantwortung. Wir haben bis jetzt nur in einer kreisfreien Stadt von vier – in Cottbus – eine SPD-LINKE-Koalition und nur in einem Landkreis von 14 – in Märkisch-Oderland – eine Kooperationsvereinbarung mit der SPD, den Bauern und uns.

Wie aber soll ein Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit auf Landesebene funktionieren und ausstrahlen, wenn in den Kreisen völlig andere politische Bündel geschmiedet sind und Chancen gleicher Art nicht genutzt werden. Wir haben hier vor Ort nicht nur eine Verantwortung für unser eigenes Projekt in Teltow-Fläming, sondern auch eine Verantwortung, für Rot-Rot im Land. Das haben wir mitzudenken und auch bei unseren Entscheidungen mit zu bedenken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr erinnert euch, am 15. November 2008 fand die 2. Tagung des 1. Kreisparteitages statt. Hier haben wir die Kommunalwahlen ausgewertet und mit der „Luckenwalder Erklärung“ Schlussfolge-

rungen für die weitere Arbeit der Partei und der Fraktion gezogen.

Wir haben auf eine sehr erfolgreiche Bilanz der Wahlergebnisse verweisen können. Mit einem Stimmenzuwachs im Kreis von 5,12 Prozent zur Wahl 2003, konnten wir die größte Steigerung aller Wahlbewerber für den Kreistag erreichen und bilden jetzt mit 14 Abgeordneten eine Fraktion.

Und dieser prozentuale Stimmenzuwachs dokumentiert sich in 35.339 Stimmen im Jahr 2003 auf 47.919 Stimmen für DIE LINKE im Jahr 2008.

Für die SPD war die Wahl indes kein Erfolg. Es ist noch gar nicht so lange her, dass in Teltow-Fläming die SPD mit absoluten Mehrheiten regiert hat. Dann kam ihr Stimmeneinbruch 2003 von 15 Prozent auf 27,38 %. Mit einem Zuwachs 2008 von 2,33 Prozent konnte sie dieses Desaster nur marginal kompensieren. Die nach dem Wahltag vermittelte Wohlfühlstimmung haben wir jedenfalls den SPD-Genossen nicht so richtig abgenommen.

Wahlverlierer war eindeutig die CDU. Mit den Protagonisten hier vor Ort (Petke), die ja auch auf der Landesebene kräftig mitmischen und im Parteiengetzänk erkennbar waren, schlug der Landestrend voll durch.

Die SPD wurde mit 17 Mandaten die stärkste Fraktion, ihr schlossen sich die beiden Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne an. DIE LINKE kam auf 14 Mandate und abgeschlagen die CDU auf zehn Mandate.

Wir haben uns im November die Frage gestellt, wie wir nun mit diesem Wahlergebnis umgehen. Wir haben im Wahlkampf deutlich Position bezogen für einen Politikwechsel im Kreis, ja auch für mehr Verantwortung und sind von den Wählerinnen und Wählern ernst genommen worden. Nach den Wahlen schien die hiesige SPD ja in ihrem Wahlergebnis zu verharren und sendete keine Signale, weder zur CDU noch zu uns. Nur waren wir in der Situation, auch nicht ihr alter Koalitionspartner gewesen zu sein, denn das war ja die CDU. Deshalb haben wir diese Signale durchaus als ernst zu nehmende Selbstfindung der SPD gesehen im Umgang mit uns.

Wir erstellten eine Schnittstellenanalyse mit den Wahlprogrammen der Parteien und haben festgestellt, dass es Schnittmengen zur SPD und zur CDU in den Wahlprogrammen gibt. Beim hiesigen Lokalredakteur las es sich so: „Inhaltlich haben sich in den vergangenen, ausgesprochen harmonischen Jahren im Kreistag sogar CDU und Linkspartei angenähert.“ Was er verschwiegen war die Tatsache, dass die CDU ja auch keine andere Chance hatte. Sie konnte unsere Anträge, wie zum Sozial- und Familienpass, zu den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger, zur unentgeltlichen Schülerbeförderung, zu den Einschulungsbeihilfen, zum Sozialticket nicht einfach ablehnen. Der Landrat hatte für alle deutlich signalisiert unsere Anträge zu unterstützen. Trotzdem wir also in Opposition waren, fanden unsere Anträge die Mehrheit. Natürlich war das Vorwahljahr auf den September 2008 nicht ohne Wirkung.

Es war aber gleichzeitig eine Ansage an die CDU – entweder ihr zieht mit oder ihr lasst es, es gibt auch andere Mehrheiten im Kreistag. Der Einsatz des Landrates ließ auch vermuten, dass bei führenden Sozialdemokraten hier vor Ort angekommen ist, dass wir in Teltow-Fläming eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit haben, zunehmend mehr Menschen, die nicht von ihrer Hände Arbeit leben können und, dass Kinderarmut längst angekommen und der Zugang zur Bildung – begonnen in der Kita – nicht für alle gegeben ist. Nach Jahren der schröderschen Agenda 2010- und Hartz-IV-Politik, nach Armut per Gesetz will vielleicht auch der treueste SPD-Parteisoldat nicht mehr ohne Murren marschieren.

Gestärkt durch unser Kommunalwahlergebnis wollten wir nichts dem Selbstlauf überlassen und nicht weiter darauf warten, bis sich die hiesige SPD darüber klar wird, was sie denn nun eigentlich

will. Ein Vierteljahr seit den Wahlen war vergangen und deshalb haben wir sehr deutlich auf der 2. Tagung des 1. Kreisparteitages der LINKEN in unserer „Luckenwalder Erklärung“ die Schwerpunktsetzung für die nächsten Wochen herausgearbeitet. Lasst mich unsere Vorhaben kurz in Erinnerung rufen:

Erstens, gute Arbeit, gute Löhne, stabile Wirtschaft

Wir haben deutlich gemacht, dass Politik die Möglichkeit und die Pflicht hat, einem Lohnwettlauf nach unten einen Riegel vorzuschieben. Existenz sichernde Mindestlöhne sind ein Mittel dafür. Zugleich darf die öffentliche Hand als Auftraggeber nicht selbst zum Lohndumping herausfordern. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss an tarifliche und soziale Mindeststandards gebunden werden. Diesen Anforderungen muss die Dienstanweisung des Landrates für das Vergabewesen Rechnung tragen, haben wir gesagt. Die ersten Erfahrungen mit dem Regionalbudget sind auszuwerten und im Kreistag zu debattieren. Wir wollten Schlussfolgerungen für hohe arbeitsmarkt-relevante Effekte und Langzeitarbeitslosigkeit spürbar verringern.

Unser zweiter Schwerpunkt war: Armut überwinden, neue Armut verhindern

Wir haben darauf verwiesen, dass der Armutsbericht der Bundesregierung in erschreckender Weise die wachsende Kinderarmut herausgearbeitet hat. Auch in Teltow-Fläming ist Kinderarmut längst angekommen und unsere Sorge war angesichts der Finanzkrise davon getragen, dass sie weiter zunimmt. Wir haben festgestellt, dass mit Hartz-IV prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Lohndumping und Leiharbeit zugenommen haben und Familien, die in Armutshaushalten leben müssen. Wir haben deutlich gesagt, dass wir nicht locker lassen bei unserer Forderung an die Bundesregierung zur Aufstockung der Regelsätze, vor allem für Kinder und, dass wir dafür Verbündete im Kreistag suchen. Auf der Tagesordnung steht der Sozial- und Familienpass, insbesondere ging es uns um einen Maßnahmenkatalog gegen Kinderarmut und notwendigem Druck verantwortlicher Kommunalpolitik gegenüber der Bundes- und Landespolitik.

Drittens geht es uns um eine gute Bildung für alle – von Anfang an

Natürlich wissen wir, dass eine höhere Qualität in der Schule und Kita vor allem mit neuen landespolitischen Schwerpunktsetzungen verbunden sein muss. In Schule und Kita gehören mehr Lehrer und Erzieher für kleinere Klassen und Gruppen. Diese Frage muss zuvorderst die Koalitionsvereinbarung von Rot-Rot beantworten. Und wir haben große Erwartungen, dass das auch gelingt. Dazu bedarf es natürlich auch der Kraft der Kreispolitik, um auf Missstände aufmerksam zu machen und Veränderungen einzufordern. Wie auch die Forderung, dass keine ländlichen Schulstandorte mehr geschlossen werden.

Unser vierter Schwerpunkt Demokratie leben, Rechtsstaat stärken

vermittelte deutlich die Verantwortung von Politik, von Politikerinnen und Politiker für Politik- und Demokratieverdrossenheit. Uns geht es um einen neuen Partei übergreifenden Dialog, um Demokratie zu stärken und, dass Interessen der Mehrheit tatsächlich zur Geltung kommen. Es geht um neue Mitsprache und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger und Kommunen. Wir sind für Anhörungen von Kommunen und Bürgern zu wichtigen Satzungen des Kreistages. Das fördert Transparenz und Öffentlichkeit.

Wir bauen auf kommunale Sicherheitspartnerschaften und auf die Präsenz des Staates in der Fläche. Der Abbau von Polizei, die Schließung des Amtsgerichtes Zossen, sowie von Schulstandorten werteten wir als kontraproduktiv.

Fünftens stehen wir für eine Finanzpolitik mit Augenmaß

Wir lassen uns nicht auf die Verwaltung der gesetzlichen Pflichtaufgaben reduzieren und wissen aber auch, dass eigene finanzielle Gestaltungsspielräume sehr begrenzt sind. Um Politik nicht zu ei-

ner ausschließlichen Rotstift-Politik verkommen zu lassen, gehört die Frage nach einer verbesserten Einnahmepolitik auf die Tagesordnung. Kommunal sind Antworten begrenzt, ja. Grundlegende Änderungen muss es dazu auf Bundesebene geben, ich erinnere an die Steuervorschläge der LINKEN und auch zur Ausfinanzierung der Kommunen. Natürlich ist auch für DIE LINKE die Haushaltskonsolidierung ein wichtiges politisches Ziel. Dabei geht es für uns aber immer auch um die Handlungsfähigkeit von Politik. Notwendige Strukturinvestitionen, die Arbeit und Einkommen auch in den ländlichen Regionen unseres Landkreises sichern, sowie die Öffentliche Daseinsvorsorge müssen finanziert werden. Dafür sind kommunale Unternehmen wichtig und eine nachhaltige und klimafreundliche Energiepolitik, besonders bei der Bewirtschaftung kreiseigener Flächen und Gebäude. Das spart mittel- und langfristig Kosten.

Mit diesen inhaltlichen Schwerpunkten haben wir uns im Januar in einem Offenen Brief an alle demokratischen Kräfte im Kreistag gewandt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

warum habe ich das jetzt so ausführlich referiert. Ich möchte euch damit deutlich vermitteln, dass der heutige Parteitag sich einordnet in unsere Zielstellung für mehr soziale Gerechtigkeit hier in Teltow-Fläming zu sorgen. Wir haben bereits auf unserem Novemberparteitag 2008 den Fahrplan - die Herangehensweise - für eine mögliche Zusammenarbeit oder Kooperation auf Kreisebene besprochen. Grundlage war unser Wahlprogramm, wo wir uns für einen Politikwechsel im Kreis ausgesprochen und dafür inhaltliche Vorhaben und Projekte benannt haben.

Folgerichtig haben wir **erstens** gesagt, dass für uns inhaltliche Schnittmengen und das Benennen konkreter Projekte und Vorhaben im Vordergrund stehen. Unsere Glaubwürdigkeit werden wir nicht wegen eines Personalpokers aufs Spiel setzen. Wir wollten in Sondierungsgesprächen zunächst in aller Ruhe abklären, wie weit sich die inhaltlichen Schnittmengen, die sich aus den Wahlprogrammen zwischen SPD und uns zweifelsfrei herauslesen lassen, auch in gemeinsam getragene Projekte übertragen lassen.

Wir haben für diese inhaltliche Arbeit durch den Kreisvorstand bereits im November 2008 eine Arbeitsgruppe beschlossen mit Maritta Böttcher, Ralph Krech, Jürgen Akuloff und mir und uns vorbehalten weitere Personen hinzuzuziehen. Lieber Dirk Hohlfeld, danke für die engagierte Mitarbeit im letzten nicht ganz einfachen Teil.

Wir haben uns **zweitens** verständigt, dass Personalfragen mit der SPD erst nach den inhaltlichen Sondierungen thematisiert werden, die wir bereits im November 2008 mit der Terminstellung Landtagswahlen verbunden haben.

Das war nicht immer leicht durchzuhalten, zumal sich die Zusammenarbeit bis zu den Landtagswahlen auf die Arbeit im Kreistag beschränkte und nur ein Sondierungsgespräch im März mit der SPD in dieser Zeit stattfand. Aufgrund des engen Zeitkorsetts nach den Landtagswahlen mussten Beschlüsse zur Anzahl der Beigeordneten und die Ausschreibungen dazu durch den Kreistag auf den Weg gebracht werden, ohne, dass schon klar war, in welcher Verantwortung der Kreistag zukünftig regiert wird - ob in Rot-Rot, oder über ein Mehrparteiensystem. Es gab aber auch keinen Grund für uns sich diesen Entscheidungen zu verwehren. Damit war DIE LINKE erstmalig in 20 Jahren Kommunalpolitik mit ihren Stimmen an den Fragen beteiligt,

- wie soll die zukünftige Struktur der Verwaltung aussehen und
- wie viel Beigeordnete soll es geben

und damit natürlich auch an der Entscheidung, dass die vorherige Alleinentscheidungsmacht des

Landrates zukünftig erheblich gebrochen wird.

Ich möchte mich für den verantwortungsbewussten Umgang mit diesen Fragen ausdrücklich bei der Arbeitsgruppe und der Kreistagsfraktion bedanken.

Drittens haben wir bereits im November vergangenen Jahres die Frage Direktwahl des Landrates erörtert. Und lasst mich an dieser Stelle auch daran erinnern, dass die Direktwahl der Landräte in Brandenburg schon 2009 an der fehlenden gesetzlichen Mehrheit im Landtag gescheitert ist und SPD und CDU diese verhindert haben. Das führte zu einer Volksinitiative der FDP im Land, die mit so wenig Stimmen bedacht wurde, dass das Quorum von 20.000 Stimmen nicht nur nicht erreicht wurde um erneut eine Debatte im Landtag zu erzwingen, sondern auch so gering war, dass keine öffentliche Übergabe der Unterschriften beim Präsidenten erfolgte.

Wir haben in unserem Kommunalwahlprogramm keine Aussage zur Frage Direktwahl des Landrates. Wir haben deshalb auf unserem Novemberparteitag gesagt, „wir sind keine Dogmatiker“. „Wenn ein Politikwechsel möglich ist und dieser inhaltlich gelebt wird im vertrauensvollen Miteinander, nimmt man uns dann ab, einen Politikwechsel nicht zu tun, weil beispielsweise ein gemeinsamer Landratskandidat Giesecke in Direktwahl und nicht durch die Wahl im Kreistag gewählt werden soll?“

Wir haben für uns festgestellt, dass Glaubwürdigkeit der Anspruch an unsere Arbeit ist und, dass diese sich für uns streng inhaltlich begründet.

Insofern kann ich – können wir – euch guten Gewissens die vorliegende Vereinbarung empfehlen. Sie trägt nicht nur die Handschrift der LINKEN, sondern benennt konkrete Projekte und Vorhaben aus unserem Kreiswahlprogramm.

Leider konnten wir mit der euch heute vorliegenden Vereinbarung nicht schon Tage vorher umgehen. Ihr wisst ja selbst, alles was vorher in der Öffentlichkeit ist, hat oftmals keine Chance mehr zu einem wirklichen Projekt zu werden. Deshalb kann ich euch versichern, dass der Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion an der inhaltlichen Diskussion zur Vereinbarung seit mehreren Monaten beteiligt sind. Und anders, als auf der Landesebene, wo die SPD den Entwurf für eine Koalitionsvereinbarung vorlegte, haben wir unser Papier eingebracht, an unserem Papier wurde gearbeitet. Also da, wo LINKE drauf steht, ist auch wirklich LINKE drin.

Da ihr, liebe Genossinnen und Genossen, wenig Zeit hattet euch durch diese Vereinbarung zu lesen, möchte ich euch ausführlich in den Text einführen.

- Ja, mit der LINKEN gibt es in Teltow-Fläming eine **neue Transparenz und Öffentlichkeit**. Wir wollen Mitsprache und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und wir sind für Anhörungen von Kommunen und Bürgern zu wichtigen Satzungen, die der Kreistag erlässt.

- Für uns hat **Arbeit – gute Arbeit Priorität**, Arbeit von der man leben kann. Deshalb steht in der Vereinbarung, der Erhalt und die Schaffung Existenz sichernder und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, drin. Wie auch, dass wir Vergaben öffentlicher Aufträge an die Tariftreue des Unternehmens binden wollen. Und, dass wir die Aufgaben der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand behalten und nicht privatisieren. Wir wollen passfähige Weiterbildungen und Umschulungen für Arbeitssuchende durch die Arge und verstärkt Programme und Angebote für Jugendliche entwickeln, für eine gute Ausbildung und berufliche Erstanstellung.

- Wir wollen **soziale Sicherheit** und, dass Regelleistungen für Bedürftige an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden, besonders bei Kindern. Der Bund darf sich nicht weiter aus den Kosten der Unterkunft zurückziehen. Für Härtefall-Angelegenheiten ist ein „Bürgerbeauftragter“ einzurichten, der direkt dem stellvertretenden Landrat – sprich Ersten Beigeordneten untersteht.

Wichtiges Ziel ist die Bekämpfung von Kinderarmut. Wir werden im Kreis einen Sozial- und Familienpass einführen, um allen Familien und Kindern den Zugang zu Kultur, Sport, Bildung und öffentlichen Einrichtungen im Kreis zu sichern. Am Sozialticket halten wir fest und wir wollen auch erreichen, dass keinem Kind aus finanziellen Gründen die Teilnahme am Kita- oder Schulesen versagt bleibt.

Alleinerziehende Elternteile erhalten unsere besondere Unterstützung und entlastende Angebote.

Dem Seniorenbeirat sind die Mitwirkungsrechte zu sichern.

Die Seniorenpolitischen Leitlinien sollen bei der Fortschreibung der Kreisentwicklungskonzeption einfließen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass altersgerechte Wohn- und Betreuungsangebote im ausreichenden Maße zur Verfügung stehen. Konsequenz wollen wir die Umsetzung der „Barrierefreiheit“ im öffentlichen Raum verfolgen.

- Wir wollen **Bildungsangebote**, die das breite Spektrum des lebenslangen Lernens von der frühen Förderung in der Kita bis hin zu Aus- und Weiterbildung für Menschen im Berufsleben und im Ruhestand umfassen. Wir brauchen mehr Qualität in der Bildung und wissen, dass grundlegende Änderungen und kurzfristig mögliche Verbesserungen Landessache sind. Wir wollen auf Missstände mit der Kraft der Kreispolitik aufmerksam machen und Veränderungen einfordern. Wir wollen bedarfsgerechte Kita-Plätze und -Öffnungszeiten ohne Zugangsbeschränkungen, wie auch einheitliche Qualitätsstandards und ausreichende Früh- und Förderangebote.

Wir wollen den Ausbau von Ganztagschulen fortsetzen und die unentgeltliche Schülerbeförderung, um Kinder aus dem ländlichen Raum nicht zu benachteiligen und den grundsätzlich verankerten Zugang aller Kinder zur Bildung zu sichern. Wir werden uns beim Land für mehr Personal in den Schulen und Kindertagesstätten einsetzen.

Die Ko-Finanzierung des Landkreises für die geförderten Sozialarbeiterstellen in Teltow-Fläming werden wir auch in Zukunft gewährleisten. An besonderen Brennpunkten streben wir zusätzliche Regelungen mit dem Land und den Gemeinden an.

Wir wollen eine Vielfalt von Trägern der öffentlichen Jugend- Kultur- und Sozialarbeit und auch kleinen Trägern Möglichkeiten eröffnen, Aufgaben zu übernehmen, damit die vom Gesetzgeber geforderte unterschiedliche Wertorientierung und Vielfalt an Inhalten, Methoden und Arbeitsformen umgesetzt werden kann.

Wir wollen die Kooperationen mit Betrieben und allen weiterführenden Schulen befördern und Schulabgängern ohne Abschluss besondere differenzierte Maßnahmen auf dem Weg zur Ausbildung zuteil werden lassen.

Das Netzwerk „Gesunde Kinder“ wird weiterhin aktiv unterstützt. Die im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst vorgeschriebenen Reihenuntersuchungen der Kinder werden vollständig und bei Bedarf auch darüber hinaus durchgeführt.

Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und des Breiten- und Spitzensportes werden unterstützt und gefördert. Die Arbeit des Jugendamtes wird qualifiziert und personell angemessen ausgestattet, wie auch das Netzwerk „Kinderschutz“.

- Zur **Infrastruktur** haben wir uns vereinbart, dass wir alles dafür tun werden, dass die Fertigstellung der B101 und die Ortsumfahrung der B246 von Trebbin schnellstmöglich umgesetzt werden.

Die Bahnverbindungen aus dem Landkreis nach Berlin und zum BBI müssen weiter verbessert werden. Insbesondere der zügige Ausbau der Dresdner-Bahn-Strecke ist voranzutreiben.

Wir unterstützen die Verlängerung der S-Bahn bis Rangsdorf.

Das ÖPNV-Angebot wird weiter verbessert. Im bevölkerungsärmeren Raum sind alternative Bedienformen zu entwickeln. Nicht nur aus touristischen, sondern auch verstärkt aus ökologischen Aspekten ist der Fahrradverkehr in Zukunft stärker zu fördern. Deswegen werden wir das Radwegekonzept evaluieren und vor allem an verkehrsreichen Straßen verstärkt Radwege bauen.

Ein flächendeckendes Breitbandnetz wird nicht nur Technologie orientierte Unternehmensansiedlungen im Norden des Landkreises fördern, sondern insbesondere auch die Wohn- und Lebensattraktivität des ländlichen Raums stärken. Wir wollen in dieser Wahlperiode dieses gewaltige Projekt nach Möglichkeit umsetzen, um weiterhin Standortvorteile für Teltow-Fläming zu sichern.

- Der **Ausbau des Flughafens Schönefeld zum BBI** birgt wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Chancen und Möglichkeiten für Arbeitnehmer, Firmen und Gemeinden im Landkreis Teltow-Fläming. Diese müssen durch aktives Handeln von Verwaltung und Politik gehoben werden. Eine aktive Wirtschafts-, und Ansiedlungspolitik soll dazu beitragen.

Vom Flughafen werden intensive Belastungen für die Bürger in den Anrainergemeinden ausgehen. Der Landkreis Teltow-Fläming erklärt sich solidarisch mit Bürgern und Gemeinden und wird alles in seinen Kräften stehende tun, um die Gemeinden und die Betroffenen zu unterstützen.

Insbesondere wird sich der Landkreis für die Einhaltung des Nachtflugverbotes einsetzen, als auch für ausreichenden Schallschutz und Gesundheit. Die Zielstellung des 30-Punkte-Plans soll Orientierung für die Verwaltung sein und so weit als möglich umgesetzt werden, u. a. Beratungsleistungen und Gesundheitsvorsorge. Wir wollen erreichen, dass trotz Großflughafen BBI Blankenfelde-Mahlow und die Anrainergemeinden eine lebenswerte Wohnregion bleibt und die Belastungen aus dem Flugverkehr eingegrenzt werden.

Der Landkreis möchte eine gerechte Bewertung der Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Bürger erreichen. Aus diesem Grund soll der Landrat Gespräche mit dem zuständigen Ministerium führen, ob durch eine Übertragung der bislang vom Land wahrgenommenen Aufgaben auf den Landkreis für die Betroffenen eine bürgernahe und praktikablere Regelung ermöglicht werden kann, die strikte Konnexität ist einzuhalten.

Hinsichtlich der gemeinsamen Vorgehensweise in Belangen des BBI soll eine Kooperation mit dem Landkreis Dahme-Spreewald angestrebt werden, um eine möglichst einheitliche Verfahrensweise zu gewährleisten. Es geht um ein wirkliches „Bündnis am Boden“ um die Auswirkungen des BBI für die Betroffenen abmildern zu helfen.

- Grundsätzlich haben wir uns vereinbart zur **Umwelt, Energie und Klima**. Wir brauchen in Teltow-Fläming Investitionen in eine nachhaltige Energieerzeugung und Energienutzung. Besonders bei der Bewirtschaftung kreiseigener Flächen und Gebäude sparen solche Investitionen mittel- und langfristig Kosten und tragen zum Klimaschutz bei.

Um diese Aufgaben konsequent umzusetzen, beabsichtigen wir die Kreisenergiewerke Teltow-Fläming in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten zu gründen. Mit ihr werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten auch alternative Energien erzeugen und der Bevölkerung unabhängig von Großkonzernen, eine bezahlbare Energieversorgung gewährleisten.

Photovoltaikanlagen werden befürwortet, jedoch nur wenn sie nicht mit einem Entzug landwirtschaftlicher Nutzflächen verbunden sind.

Die Veränderungen im Klima im Landkreis fordern ein aktives Handeln des Landkreises. Zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben beabsichtigen wir eine Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ einzurichten, die die Auswirkungen des Klimawandels für den Landkreis Teltow-Fläming untersucht und ein Klimaschutzkonzept, unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Wasserregimes, dem Kreistag vorlegen wird.

Die Seen in Teltow-Fläming sollen kommunalisiert werden.

- In unserem Kreis hat die Landwirtschaft eine große Bedeutung und ist ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor.

Ländlicher Tourismus ist ohne funktionierende Landwirtschaftsbetriebe nicht denkbar. Deshalb haben wir uns vereinbart, alles zu tun, um wirtschaftlich gesunde Landwirtschaftsunternehmen im Landkreis unabhängig von ihrer Rechtsform oder Betriebsgröße zu erhalten bzw. zu entwickeln.

Dazu werden die Belange der Landwirtschaft bei allen relevanten kreislichen Planungen einschließlich der Regionalplanung berücksichtigt.

Der Schutz des Bodens als entscheidende Produktionsgrundlage jedes landwirtschaftlichen Betriebes hat dabei oberste Priorität.

Der Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Infrastruktur und andere Baumaßnahmen wird auf das absolut notwendige Minimum beschränkt.

Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen werden vorrangig auf Konversionsflächen gelenkt, der kreisliche Ökopool ist als Lenkungsinstrument zu stärken.

Windkraftanlagen sind vielerorts im Landschaftsbild. Bürgerinnen und Bürger haben ihren Protest deutlich in der Volksinitiative artikuliert. Deshalb wird ein weiterer Ausbau dieser Energiegewinnung über die bereits im Regionalplan festgelegten Gebiete nicht und vor allem nicht auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen befürwortet.

Der Bau und der Betrieb von Biogasanlagen zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe als alternativer Erwerbszweig der Landwirtschaft wird begrüßt, sofern die Anlage eine adäquate Größe zum Landwirtschaftsbetrieb hat und somit einen Beitrag zum Stoffkreislauf leisten wird.

Der ländliche Raum leidet immer mehr unter einer negativen demografischen Entwicklung. Deshalb haben wir uns vereinbart, diese Entwicklung zu verlangsamen, wenn möglich auch zu stoppen. Die Möglichkeiten, die sich aus dem LEADER + Programm ergeben, werden dazu konsequent genutzt.

Der Landkreis hat in Brandenburg eine vorbildliche Position beim Schutz der Natur und Umwelt durch Ausweisung zahlreicher Schutzgebiete erreicht. Die Vertragsparteien werden die Erreichung der festgelegten Schutzziele periodisch prüfen, verzichten jedoch angesichts des erreichten Standes auf die Ausweisung weiterer neuer Schutzgebiete.

- Wir stehen für eine **Finanzpolitik mit Augenmaß**. Dabei geht es immer um Handlungsfähigkeit des Landkreises. Deswegen ist die Haushaltskonsolidierung eine wichtige Aufgabe. Nachhaltige, verantwortungsbewusste Kreispolitik muss die kreisliche Entwicklung gestalten wollen und können – und nicht nur Pflichtaufgaben verwalten. Land und Bund haben auch weiterhin die Verantwortung, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie ihren pflichtigen und freiwilligen Leistungen nachkommen können.

Die Verwaltungsstruktur und das Aufgabenprofil der Kreisverwaltung sind den gesetzlich zugewiesenen Aufgaben unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und den vom Kreistag festgelegten Handlungsschwerpunkten unter Berücksichtigung der haushalterischen Möglichkeiten

zielorientiert und flexibel zu gestalten. Die freiwilligen Aufgaben des Landkreises werden regelmäßig durch Mitglieder des Kreistages überprüft. Die pflichtigen Aufgaben und ihre Wahrnehmung sind regelmäßig auf Kosteneffizienz zu prüfen. Dazu wird die Arbeitsgruppe Kreishaushaltssanierung aktiviert.

Von neuen Verbeamtungen ist in der Regel abzusehen.

Durch Kooperationen mit anderen Landkreisen und Kommunen sind Verwaltungsaufgaben zu optimieren und Synergieeffekte zu erschließen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

dass wir dieses Vertragswerk zu Papier bringen konnten ist dem sehr engagierten Wirken unserer Arbeitsgruppe geschuldet. Immer wieder haben unsere Vertreter die inhaltlichen Debatten vor allen anderen Fragen gestellt. Das Papier ist aber auch im besonderen Maße von den großen Schnittmengen der SPD/Grünen, Bauern und uns getragen.

Ihr werdet euch vielleicht wundern, dass die Verhandlungspartner der FDP diesem LINKEN Papier Unterstützung geben konnten. Ich glaub einfach die sind völlig anders gestrickt als wir. Die FDP will nur den Landrat Peer Giesecke unterstützen. Das ist uns in den Verhandlungen klar geworden. Und natürlich denken sie dabei auch an ihren Beigeordneten Herrn Lademann, der ja schließlich auch wieder gewählt werden möchte.

Ob der Kreisvorstand oder die FDP-Mitgliederversammlung dem Papier trotz Unterschrift ihrer Verhandlungspartner zustimmen werden, steht auf einem ganz anderen Papier. Sicherlich werden die Koalition im Bund mit FDP und CDU in der Regierung und die im Land mit der CDU in Opposition Anlass dafür sein, diese Vereinbarung nicht zu unterzeichnen. Wir halten uns an die Aussage von Christoph Schulze, dem Vorsitzenden des Unterbezirksparteitages der SPD, wenn jetzt ein Partner aussteigt, ist er eben draußen. Die SPD hat im Kreisvorstand beschlossen mit den LINKEN zusammen zu arbeiten.

Natürlich, liebe Genossinnen und Genossen, stellt sich Vertrauen nicht mit einer Unterschrift ein. Wir wissen doch, dass wir seit der Wende – nunmehr 20 Jahre – hier in Teltow-Fläming in Opposition zur SPD waren. Die Fronten waren klar – sie Regierung und wir Opposition. Da konnten keine großen persönlichen Kontakte wachsen, die man so dringend braucht in der Politik, Berechenbarkeit, Vertrauen. Aber, wir haben auch festgestellt, dass trotz Opposition vieles mit der SPD zum Ende der letzten Legislaturperiode möglich war, wie unsere Anträge zu den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger, zur unentgeltlichen Schülerbeförderung, zu den Einschulungsbeihilfen, zum Sozialticket.

Wir haben mit dieser neuen Verantwortung erstmals die Chance über einen Ersten Beigeordneten, dem Stellvertreter des Landrates, zu zeigen, dass wir fachkompetent arbeiten, dass wir nicht nur Fordern und Protest üben, sondern auch verändern können.

Lieber Gerhard Schlag, ja auch ich hatte mich am Montag zur Kreisvorstandssitzung in deinen Worten so aufgehoben gefühlt: Denkt doch mal dran, vor 20 Jahren hätte das keiner von uns geglaubt, dass wir heute vor dieser Frage stehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Kreisvorstand hat am Montag die Empfehlung der Arbeitsgruppe, die Vereinbarung zu unterzeichnen, beschlossen. Er hat den Mitgliedern der Arbeitsgruppe die Zustimmung erteilt, am Mittwoch, dem 21. Oktober die Vereinbarung zu unterzeichnen. Die Arbeitsgruppe und der Kreisvor-

stand empfehlen dem Parteitag die Vereinbarung zu beschließen.

Damit verbunden ist die Wahl des gemeinsamen Landratskandidaten Giesecke, der nicht direkt, sondern in geheimer Wahl im Kreistag gewählt wird. Verbunden ist damit auch, dass DIE LINKE zukünftig einen Ersten Beigeordneten und Stellvertreter des Landrates im Landkreis Teltow-Fläming haben wird.